



Literatur zum Schweizerischen Föderalismus im Jahr 2018: Ein Rückblick

KLARA GROSSENBACHER, MLaw*

Im Rahmen seiner Forschung zum Schweizerischen Föderalismus verfolgt das Institut für Föderalismus (IFF) auch die entsprechende Publikationstätigkeit. Mit dem vorliegenden Beitrag werden sowohl ein Verzeichnis von Neuerscheinungen vorgelegt als auch eine thematisch sortierte Auswahl an Beiträgen präsentiert.

Inhalt

I. Einleitung	2
II. Auswahl föderalismusrelevanter Publikationen des Jahres 2018	2
1. Föderalismus und Demokratie	2
2. Regionalpolitik	2
3. Multikulturalität und Minderheitenschutz	3
4. Kompetenz- und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen	3
a) Zentralisierungstendenz	3
b) Einzelfragen der Kompetenz- und Aufgabenordnung	3
5. Kantonale Rechtsetzung	5
6. Interkantonale Zusammenarbeit	5
7. Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen	6
8. Finanzieller Föderalismus	6
9. Komparativer Föderalismus	6
10. Föderalismus und Aussenpolitik	7
III. Publikationsverzeichnis 2018.....	8

I. Einleitung

Das Institut für Föderalismus (IFF) beobachtet im Auftrag der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit sowohl die Forschungstätigkeiten zu Fragen des Schweizerischen Föderalismus als auch die einschlägige Rechtsprechung des Bundes- und Bundesverwaltungsgerichts und punktuell der kantonalen Gerichte¹.

Im vorliegenden Beitrag dreht sich alles um im Jahr 2018 erschienene Publikationen (Monografien, Fachzeitschriftenbeiträge oder Kommentare in ausgewählten Medien), die sich mit grundlegenden und/oder sachspezifischen Fragen der bundesstaatlichen Organisation der Schweiz befassen. An die Präsentation einer Auswahl von thematisch gruppierten Neuerscheinungen (II.) reiht sich ein (ebenefalls als Auswahl verstandenes) Publikationsverzeichnis (III.).

II. Auswahl föderalismusrelevanter Publikationen des Jahres 2018

1. Föderalismus und Demokratie

ANDREAS LADNER zeigt auf, dass die Wahlbeteiligung auf kantonaler Ebene in jüngerer Zeit geringer ausfällt als diejenige auf kommunaler und eidgenössischer Ebene. Gleichzeitig sei auf Gemeindeebene ein abnehmender Handlungsspielraum festzustellen und es werde Mühe bekundet, die politischen Ämter zu besetzen, währenddem die Kantone bestrebt seien, ihren Einfluss im bundesstaatlichen Gefüge zu stärken. Damit korreliere das Ausmass der Beteiligung an kommunalen bzw. kantonalen Wahlen nur bedingt mit der Entwicklung der Bedeutung der betreffenden Staatsebene.

Für die kantonalen Abstimmungen zeichnet NICOLAS SCHMITT (SCHMITT, IFF) ein Bild des durchschnittlichen Stimmberechtigten und zeigt unter anderem auf, dass dieser – sowohl im Jahr 2017 wie auch in den Vorjahren – grundsätzlich getreu den Empfehlungen der Behörden abstimmt und entsprechend Initiativen ohne Gegenvorschlag regelmässig ablehnt sowie Referendumsvorlagen annimmt.

2. Regionalpolitik

Funktionale Räume als Lebens- und Wirtschaftsräume jenseits der herkömmlichen territorialen Gliederung stehen im Fokus von SABINE KOLLBRUNNER. Die Autorin betont die Bedeutung der funktionalen Räume für die Wirtschaftsentwicklung und zeigt auf, wie die entsprechende Standortförderung des Bundes gemeinsam mit den Kantonen die Herausforderungen der politisch-administrativ nicht verankerten Räume bewältigen will.

* Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Föderalismus der Universität Freiburg (klara.grossenbacher@unifr.ch).

¹ Siehe für einen Überblick ausgewählter Entscheide des Bundes- und Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahr 2018 den Rechtsprechungsrückblick von FLORIAN BERGAMIN und KLARA GROSSENBACHER sowie für die kantonale Rechtsprechung den Beitrag von Prof. em. PETER HÄNNI («Kantonale Kompetenzen im Bereich der Geothermie. Entscheid des jurassischen Verfassungsgerichts vom 27. Juni 2018») in diesem Newsletter.

Auch NANDO STAUFFER VON MAY befasst sich (in seiner Dissertationsschrift) mit dem Thema der regionalen Aufgabenerfüllung und untersucht die in diesem Zusammenhang geschaffenen Körperschaftsformen und deren Rolle in der föderalen Struktur. Dabei interessiert ihn insbesondere das Verhältnis der Entscheidungskompetenzen dieser Körperschaften zu den demokratischen Rechten.

Zudem legt ELOI JEANNERAT – ebenfalls im Rahmen seiner Dissertation – eine umfassende Analyse der institutionalisierten regionalen (sowohl interkantonalen als auch interkommunalen) Zusammenarbeit vor. Sein Fokus liegt dabei auf den verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Organisation von Kantonen und Gemeinden, aus denen er systematisch Regeln für die vertragliche regionale Zusammenarbeit ableitet. Neben vielen weiteren Aspekten behandelt JEANNERAT in diesem Kontext auch die Frage der politischen Mitwirkung und diskutiert dabei neue demokratische Mechanismen wie die Einrichtung regionaler politischer Rechte.

3. Multikulturalität und Minderheitenschutz

BERNHARD ALTERMATT nimmt sich der Thematik der Sprachenpolitik in Bezug auf den mehrsprachigen Bundesstaat im Allgemeinen und die Zweisprachigkeit im Kanton Freiburg im Besonderen an. Während er für die bundesstaatliche Perspektive unter anderem den föderalistischen Staatsaufbau als einen der Hauptpfeiler der schweizerischen Sprachenpolitik definiert, diskutiert er für den zweisprachigen Kanton Freiburg u.a. die Wirkung des sprachlichen Territorialitätsprinzips.

Im Rahmen seines englischsprachigen Gesamtüberblicks über die föderalistische Ordnung der Schweiz identifiziert ADRIAN VATTER (VATTER, Federalism) insbesondere den Umgang mit nicht-territorialen Minderheiten als gegenwärtige und künftige Herausforderung für den Schweizerischen Bundesstaat.

4. Kompetenz- und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen

a) Zentralisierungstendenz

Angesichts der empirisch belegten positiven Auswirkung des Wettbewerbsföderalismus auf die Effizienz der Staatsführung plädieren HEIKO BURRET und LUKAS A. SCHMID dafür, dass den bestehenden Verflechtungs- und Zentralisierungstendenzen entgegengewirkt wird. Dafür fordern die Autoren etwa eine Rückbesinnung auf das Subsidiaritätsprinzip und auf das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz.

Auch MICHAEL SCHOENENBERGER beklagt die schleichende Zentralisierung. Ausgehend von der Annahme, dass sich diese nicht mittels einfacher Massnahmen bremsen lässt, spricht er mehrere mögliche Gegenstrategien an. Diese umfassen etwa die Stärkung der Gemeindeebene mittels eines Gemeindeferendums auf Bundesebene oder die Besetzung der Ständeratssitze mit Mitgliedern der Kantons-exekutiven zur Sicherung der Einflussnahme der Kantone.

b) Einzelfragen der Kompetenz- und Aufgabenordnung

Die Ausübung des eidgenössischen Stimmrechts erfolgt – in einem bundesrechtlich definierten Rahmen – gemäss kantonalen Regelungen, welche ihrerseits wiederum einer Genehmigung durch den Bund bedürfen. FELIX STREBEL illustriert dieses Zusammenspiel der föderalen Ebenen mit Blick auf die zunehmend verbreitete **elektronische Stimmauszählung**. Dabei vertritt er die Ansicht, dass die

eingeschränkte Transparenz bei der elektronischen Auszählung erhöhte Anforderungen des Bundes bei der Genehmigung von entsprechenden Verfahren rechtfertigt.

LUC GONIN konzentriert sich auf das **Asylrecht** und diskutiert dabei insbesondere die neu geschaffenen sechs Asylregionen. Diese sieht er einerseits als Versuch, Asylgesuche möglichst effizient abzuwickeln. Andererseits betont er das Interesse der Asylsuchenden an einer möglichst harmonisierten Umsetzungspraxis in den verschiedenen Regionen – eine Herausforderung, die der Schweiz im Rahmen des Konzepts des Vollzugsföderalismus nicht unbekannt sei.

Auch PETER UEBERSAX und ALBERTO ACHERMANN befassen sich – bezogen auf den Bereich des **Ausländerrechts** im Allgemeinen – mit den Unterschieden der kantonalen Vollzugspraxen und diskutieren diese vor dem Hintergrund der Rechtsgleichheit. Gleichzeitig stellen sie die These auf, dass dem Bund neben der Gesetzgebungskompetenz vermehrt auch bei der Umsetzung Gewicht zukommt. Diese Tendenz sei unter anderem im Kontext einer zunehmenden Internationalisierung und gesteigerter Anforderungen an den Gesetzesvollzug zu sehen. Insgesamt fordern sie, dass sich die Aufteilung der bundesstaatlichen Verantwortlichkeiten im Bereich des Ausländerrechts an bundes-, rechts- und sozialstaatlichen sowie auch an demokratischen Anforderungen ausrichtet.

Anlässlich des Inkrafttretens des neuen Bürgerrechtsgesetzes des Bundes per 1. Januar 2018 analysiert BARBARA VON RÜTTE, wie gross der Spielraum der Kantone im Bereich der ordentlichen **Einbürgerung** noch ausfällt. Da die verfassungsrechtliche Kompetenzzuweisung an den Bund zunehmend als Ermächtigung zum Erlass von Grundsätzen (statt – wie der Wortlaut vorgibt – von Mindestvorschriften) verstanden wird, fällt der kantonale Handlungsspielraum zur Festlegung von Einbürgerungsvoraussetzungen unter dem revidierten Gesetz kleiner aus. Dieser Spielraum wird nichtsdestotrotz rege genutzt, wie VON RÜTTE im Rahmen einer tabellarischen Übersicht über die kantonalen Einbürgerungsregelungen zeigt.

Neben PETER GUYAN betonen auch DANIEL HÜRLIMANN und DANIEL KETTIGER die Bedeutung einer verbesserten **Zugänglichkeit kantonalen Gerichtsentscheide** und verweisen auf die im Rahmen der laufenden ZPO-Revision angestrebte Kompetenz des Bundesrates, Regelungen über die Zugänglichkeit elektronisch publizierter Entscheide zu erlassen sowie deren Format und Metadaten festzulegen. Gemäss GUYAN soll dies die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Bund eine umfassende Datenbank aller elektronisch publizierter Entscheide einrichten kann, welche unter Umständen kantonale Publikationslösungen überflüssig machen könnte.

Nach MARKUS MOHLER (MOHLER, Newsletter) zeichnet sich im **Sicherheits- und Polizeibereich** dringender Reformbedarf der Zuständigkeitsordnung ab. Dafür sprechen gemäss MOHLER nicht nur der Ressourcenmangel der Kantone und das zunehmende Tätigwerden des Bundes entgegen der verfassungsrechtlichen Kompetenzzuweisung, sondern auch offene Fragen nach der Zuständigkeit im Falle von terroristischen Anschlägen. Auch RAINER J. SCHWEIZER spricht anlässlich seiner Gesamtschau zur Rechtsdurchsetzung mit militärischen Mitteln die Problematik an, dass der Bund im Bereich der inneren Sicherheit teilweise ohne verfassungsrechtliche Grundlage agiere.

BERNHARD EHRENZELLER (EHRENZELLER, Bildungsraum) skizziert die rechtliche Grundordnung des **Bildungsraumes Schweiz**, welche aus seiner Sicht – insbesondere mit Blick auf die nach wie vor weitgehende Schulhoheit der Kantone und den kooperativen Ansatz in Bereichen von gesamtschweizerischem Interesse – dem Subsidiaritätsgrundsatz in hohem Masse Rechnung trägt. Für den Bereich der kantonalen Schulhoheit loten sodann ANDREAS STÖCKLI und MARINA PIOLINO der den Kantonen

verbleibende Regelungsspielraum im Zusammenhang mit religiösen Privatschulen aus. Diese bewegen sich regelmässig im Spannungsfeld zwischen dem Recht auf ausreichenden Grundschulunterricht und der Privatschulfreiheit.

5. Kantonale Rechtsetzung

GIOVANNI BIAGGINI (BIAGGINI, Referendum) nimmt einen Entscheid des Bundesgerichts (1C_26/2017 vom 19. Oktober 2017) zum Anlass, die Zulässigkeit eines negativen Referendums (d.h. eines Referendums gegen einen ablehnenden Parlamentsentscheid) auf kantonaler Ebene zu diskutieren. Gemeinsam mit dem Bundesgericht verortet er die Thematik grundsätzlich im Bereich der Autonomie der Kantone zur Ausgestaltung ihres Systems der Volksrechte. Im Gegensatz zur höchstgerichtlichen Rechtsprechung geht BIAGGINI jedoch nicht von einer nur ausnahmsweisen Zulässigkeit aus, sondern von einer prinzipiellen Befugnis der Kantone, Referenden gegen negative Parlamentsbeschlüsse zuzulassen. Das Instrument habe dabei aber vor der bundesverfassungsrechtlichen Garantie der freien Willensbildung und unverfälschten Stimmabgabe (Art. 34 Abs. 2 BV) zu bestehen.

Im von ANDREAS GLASER herausgegebenen Werk zum Parlamentswahlrecht der Kantone greifen verschiedene Beiträge nicht nur die bundesverfassungsrechtlichen Vorgaben, sondern auch die konkrete Ausgestaltung der Wahlsysteme in den Kantonen und schliesslich die Thematik des gerichtlichen Rechtsschutzes auf. In seiner abschliessenden Analyse nimmt GLASER eine Standortbestimmung vor und betont, dass auch in Zukunft mit rechtlichen und rechtspolitischen Impulsen auf die Ausgestaltung des kantonalen Parlamentswahlrechts gerechnet werden muss.

6. Interkantonale Zusammenarbeit

ALEXANDER ARENS unterlegt die oft diskutierte Exekutivlastigkeit interkantonalen Vereinbarungen mit Fakten und zeigt auf, dass parlamentarische Informations- und Konsultationsrechte zwar breit vertreten, weitere Instrumente der parlamentarischen Einflussnahme auf interkantonale Vereinbarungen jedoch nicht flächendeckend vorhanden sind. Grundsätzlich liesse sich sagen, dass sich das generelle Machtverhältnis zwischen Exekutive und Legislative eines Kantons auch in der Bedeutung des Parlaments bei der Unterhaltung von Aussenbeziehungen niederschlägt.

Angestossen zur Verhinderung einer Bundesgesetzgebung im Bereich des Baurechts sind heute 17 Kantone der *Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB)* beigetreten. ALAIN GRIFFEL steht diesem im Jahr 2010 in Kraft getretenen interkantonalen Vertrag kritisch gegenüber, verweist er doch auf die unter anderem durch unterschiedliche kantonale Umsetzungen und Doppelspurigkeiten bedingten Rechtsunsicherheiten, welche in zahlreichen Rechtsmittelverfahren geklärt werden müssen. Damit laufe das Vorhaben insgesamt den ursprünglichen Zielen – Vereinfachung und Kosteneinsparung – diametral entgegen.

7. Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen

Anlässlich der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben von Bund und Kantonen (NFA) wurde im Jahr 2008 das Instrument der Programmvereinbarungen eingeführt. Diese auf längere Dauer angelegten Vereinbarungen zwischen Bund und Kantonen regeln die bundesseitige finanzielle Unterstützung der Kantone bei der Umsetzung von Bundesrecht unter Vorgabe von strategischen Zielen². Die Vereinbarungen verdanken ihre Bezeichnung der Tatsache, dass der Bund nicht (mehr) Einzelprojekte oder -massnahmen unterstützt, sondern vielmehr ein gesamtes Programm der kantonalen Aufgabenerfüllung mitfinanziert³. LAETITIA MATHYS⁴ zeigt auf, dass die Kantone mit dem Einsatz von Programmvereinbarungen grundsätzlich zufrieden sind. Jedoch sieht MATHYS mit Blick auf die grosse Anzahl abgeschlossener Programmvereinbarungen die Gefahr einer erneuten Verflechtung zwischen den Staatsebenen. Zudem vermeldeten die Kantone einen grossen Verwaltungsaufwand und einen lückenhaften Austausch mit anderen Kantonen und dem Bund. Zur Verminderung des administrativen Aufwands schlägt die Autorin die Bündelung mehrerer Kantone in einer Programmvereinbarung vor, eine Online-Plattform dürfte zudem den Erfahrungsaustausch erleichtern.

8. Finanzieller Föderalismus

Sowohl SERGE GAILLARD als auch CHRISTOPH A. SCHALTEGGER und PATRICK LEISIBACH unterziehen den heutigen nationalen Finanzausgleich einer Würdigung. Einig sind sie sich einerseits darüber, dass der Ausgleichsmechanismus die Kohäsion des Schweizerischen Bundesstaats stärkt, andererseits aber auch, dass sich positive Entwicklungen der Kantone (zunächst) nachteilig auswirken können. Für GAILLARD hat sich der geltende Finanzausgleich insgesamt jedoch bewährt, in dem er massgeblich dazu beitrage, Ungleichheiten in den staatlichen Leistungen der Kantone zu reduzieren. Nach SCHALTEGGER/LEISIBACH kann ein Abbau der Disparitäten langfristig nur dann erreicht werden, wenn sich positive Entwicklungen für die Kantone nicht nachteilig auswirkten. Auch ERICH ASCHWANDEN fordert eine Systemänderung im Hinblick darauf, dass der nationale Finanzausgleich Kantone bestrafe, die eine attraktive Steuerpolitik für Bürger und Firmen betreiben.

9. Komparativer Föderalismus

Unterschiede in der kantonalen Organisationstruktur und Verfahrensregelung sowie hinsichtlich der Ausgestaltung der jeweiligen staatlichen Aufgabenerfüllung bieten stetig Anlass für eine vergleichende Analyse und dienen regelmässig als Ausgangspunkt zur Beantwortung spezifischer Fragestellungen. Im Jahr 2018 widmen sich gleich mehrere Forschende Einzelfragen zur kantonalen Legislative im interkantonalen Vergleich.

TOBIAS ARNOLD befasst sich mit der Frage nach der Vertretung lokaler Politikern und Politikerinnen in kantonalen Parlamenten und stellt dabei fest, dass diese Doppelmandate in gewissen Regionen der

² Vgl. dazu BBl 2002 2291, 2345.

³ Vgl. BBl 2002 2291, 2345; WALDMANN/BORTER, in: Bernhard Waldmann/Eva Maria Belser, Astrid Epiney (Hrsg.), Bundesverfassung, Basler Kommentar, Basel 2015, Art. 46 N 31.

⁴ Siehe zum Ganzen auch die Dissertation der Autorin (LAETITIA MATHYS, La collaboration verticale dans le système fédéral suisse au regard de la réforme de la répartition des tâches, Universität Lausanne 2018). Soweit ersichtlich wurde die Dissertation bis dato nicht verlegt, ist jedoch online einsehbar (<https://serval.unil.ch/resource/serval:BIB_A59E1DFCF21D.P002/REF.pdf>, zuletzt besucht am 18. März 2019).

Schweiz zur politischen Kultur gehören, währenddem das Phänomen in anderen Teilen der Schweiz kaum beobachtet werden kann. ARNOLD diskutiert vor dieser Ausgangslage zudem die Chancen und Risiken dieser Praktik. ANTOINETTE FEH WIDMER und ADRIAN VATTER stützen sich zur Beantwortung der Frage nach den Faktoren der parlamentarischen Mitgliederfluktuation in den Kantonen auf eine Analyse der kantonalen institutionellen Rahmenbedingungen und der unterschiedlichen politischen Kulturen. Neben dem Einfluss des Wahlsystems – Proporzwahlsysteme erhöhen gemäss FEH WIDMER/VATTER grundsätzlich die Fluktuation – erwiesen sich zudem ein höherer Stellenwert politischer Mandate und ein grösseres Vertrauen in repräsentative demokratische Organe als wettbewerbsfördernd und damit auch als die Fluktuation begünstigend.

Sowohl STEFAN G. SCHMID als auch ROLF WIRZ befassen sich insbesondere mit dem Gewicht kantonalen Parlamente im Verhältnis zur jeweiligen Regierung. Während SCHMID die Thematik bezogen auf das Instrument des parlamentarischen Verordnungsvetos analysiert und u.a. aufzeigt, dass dieses in den wenigsten Kantonen besteht, stützt sich WIRZ auf die Wahl-, Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion der Parlamente. In einem Blick über die Kantone stellt WIRZ dabei fest, dass – gemessen an den genannten Parlamentsfunktionen – den Legislativen in grösseren und französischsprachigen Kantonen tendenziell mehr Gewicht zukommt.

10. Föderalismus und Aussenpolitik

BARDO FASSBENDER und RAFFAEL GÜBELI wenden sich der – sachlich begrenzten, aber dennoch bestehenden – Völkerrechtsfähigkeit der Kantone zu und unterziehen die völkerrechtlichen Verträge der Kantone seit 1848 einer eingehenden Analyse. Neben einer systematischen Auflistung der gegenwärtig gültigen völkerrechtlichen Verträge der Kantone und der Erkenntnis, dass die Zahl der von den Kantonen abgeschlossenen Verträge bedeutend grösser ist als bisher angenommen, zeigt die Untersuchung insbesondere auch auf, dass sich der Vertragsgegenstand im Laufe der Zeit gewandelt hat. Statt staatskirchenrechtliche oder Wirtschaftsfragen, regeln die völkerrechtlichen Verträge der Kantone heute vielmehr etwa den Bereich der Ausbildung, der öffentlichen Gesundheit, der Kultur oder der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Angesichts der flexiblen und pragmatischen Problemlösefähigkeit der Städte und der Herausforderungen der Zukunft fordert MARTIN TSCHIRREN einen vermehrten Einbezug der Städte in die Schweizer Aussenpolitik. So sollte aus Sicht von TSCHIRREN etwa das Bundesgesetz über die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik um die Städte erweitert werden.

III. Publikationsverzeichnis 2018

ALTERMATT BERNHARD, Sprache und Politik – Zweisprachigkeit und Geschichte. Die Schweiz als mehrsprachiger Bundesstaat und der zweisprachige Kanton Freiburg vom 19. ins 21. Jahrhundert, Freiburg 2018.

ARENS ALEXANDER, Mitentscheider oder doch nur Mitläufer? Kantonale Parlamente in der interkantonalen Zusammenarbeit, in: Adrian Vatter (Hrsg.), Das Parlament in der Schweiz, Zürich 2018, S. 391 ff.

ARNOLD TOBIAS, Föderales Schwarz-Peter-Spiel? Der Einfluss der lokalen Politikerinnen und Politiker auf die kantonalen Parlamente, in: Das Parlament in der Schweiz, Zürich 2018, S. 367 ff.

ASCHWANDEN ERICH, Eine kluge Steuerpolitik muss sich lohnen, NZZ vom 31. Oktober 2018, S. 12.

AUDERSET JURI, Scripts révolutionnaires et fédéralisme. Réflexions sur la polysémie du fédéralisme dans les révolutions de 1848, in: Biard Michel/Ducange Jean-Numa/Frétigné Jean-Yves (Hrsg.), Centralisation et fédéralisme. Les modèles et leur circulation dans l'espace européen francophone, germanophone et italophone, Rouen 2018, S. 115 ff.

AUER ANDREAS, Angriff auf richterliche Unabhängigkeit, NZZ vom 17. Mai 2018.

BELSER EVA MARIA/MAZIDI SIMON, Das Zusammenwirken von Bund und Kantonen bei der Einhaltung völkerrechtlicher Menschenrechtsverpflichtungen der Schweiz, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2018, Baden-Baden 2018, S. 243 ff.

BIAGGINI GIOVANNI, Besprechung des Bundesgerichtsentscheids 1D_4/2016 vom 4. Mai 2017, in: ZBl (119) 2018, S. 143 ff.

BIAGGINI GIOVANNI, Besprechung des Bundesgerichtsentscheids 1C_26/2017 vom 19. Oktober 2017, in: ZBl (119) 2018, S. 133 ff. (zit. BIAGGINI, Referendum).

BOCHSLER DANIEL, Bottom-up renewal of the Swiss party system, in: Regional and Federal Studies, September 2018.

BURRET HEIKO/SCHMID LUKAS A., Föderalismus stärkt die Leistungsfähigkeit der Schweiz, in: Die Volkswirtschaft (91) 6/2018, S. 8 ff.

CALENDO LAURA/RUTZ SAMUEL, Regulatorischer Röstigraben, Avenir Suisse Newsletter 04/2018 vom 26. Januar 2018.

CARONI ANDREA/SÄGESSER THOMAS, Mehr Freiheit bei kantonalen Wahlen, NZZ vom 5. Juni 2018, S. 11.

DANTHE MARIE-GISÈLE, Le salaire minimum en Suisse, in: Jusletter vom 12. Februar 2018.

- DEMIERRE ANNE-CLAUDE, Défis et opportunités liés à l'intégration dans le domaine de l'asile – le point de vue des cantons, in: Asyl/SO 2018, S. 35 ff.
- DONAUER DANIEL/HUSI PHILIPP/EICHENBERGER CHRISTIAN, Die Mehrwertabschöpfung gemäss Art. 5 des Raumplanungsgesetzes, in: Jusletter vom 10. Dezember 2018.
- EHRENZELLER BERNHARD, Rechtliche Grundordnung des Bildungsraumes Schweiz, in: Bernhard Ehrenzeller (Hrsg.), Schweizerisches Bundesverwaltungsrecht, Band IX, Bildungs-, Kultur- und Sprachenrecht, Basel 2018, S. 1 ff. (zit. EHRENZELLER, Bildungsraum).
- EHRENZELLER BERNHARD, Hochschulrecht auf Bundes- und interkantonaler Ebene, in: Bernhard Ehrenzeller (Hrsg.), Schweizerisches Bundesverwaltungsrecht, Band IX, Bildungs-, Kultur- und Sprachenrecht, Basel 2018, S. 147 ff.
- ERRASS CHRISTOPH, Rechtliche Grundlagen für eine Regulierung von neuen Verfahren in der Pflanzenzüchtung, in: Sicherheit und Recht 2/2018, S. 114 ff.
- FASSBENDER BARDO/GÜBELI RAFFAEL, Die gegenwärtig gültigen völkerrechtlichen Verträge der Kantone, in: ZBl (119) 2018, S. 107 ff.
- FEH WIDMER ANTOINETTE/VATTER ADRIAN, Institutionelle Regeln oder politische Kultur? Faktoren der parlamentarischen Mitgliederfluktuation in den Kantonen, in: Adrian Vatter (Hrsg.), Das Parlament in der Schweiz, Zürich 2018, S. 345 ff.
- FUHRER CORINA, Die Umsetzungssicherung kantonaler Volksinitiativen in der bundesgerichtlichen Rechtsprechung, in: Damiano Canapa/Robin Landolt/Nicola Müller (Hrsg.), Sein und Schein von Gesetzgebung: Erwartungen – Auswirkungen – Kritik, Zürich 2018, S. 33 ff.
- GAILLARD SERGE, Der Finanzausgleich stärkt den Zusammenhalt der Schweiz, NZZ vom 14. November 2018.
- GERNY DANIEL, Cyberkriminelle kennen keinen Kantönligeist, NZZ vom 14. Juni 2018, S. 12.
- GLASER ANDREAS, Wieder mehr Freiheiten für die Kantone beim Wahlrecht, NZZ vom 24. Februar 2018.
- GLASER ANDREAS (Hrsg.), Parlamentswahlrecht der Kantone, Zürich/St. Gallen 2018.
- GLASER ANDREAS/ZIEGLER BÉATRICE/WALDIS MONIKA/KÜBLER DANIEL/GUSTIN ANDRI, The pros and cons of horizontal federalism: Primary and secondary education governance in Switzerland, in: Kenneth K. Wong et al. (Hrsg.), Federalism and Education: Ongoing Challenges and Policy Strategies in Ten Countries, Charlotte 2018, S. 187 ff.
- GONIN LUC, Fédéralisme et droit d'asile en Suisse : Etat des lieux et impact de la restructuration du domaine de l'asile, in: Alberto Achermann/Véronique Boillet/Martina Caroni/Astrid Epiney/Jörg Künzli/Peter Uebersax (Hrsg.), Jahrbuch für Migrationsrecht – Annuaire du droit de la migration 2017/2018, Bern 2018, S. 43 ff.

- GRIFFEL ALAIN, Die Harmonisierung der Baubegriffe – ein Schlag ins Wasser, in: AJP (27) 2018, S. 1222 ff.
- GRODECKI STÉPHANE, Contrôle abstrait et qualité pour recourir d'un canton devant le Tribunal fédéral, in: AJP (27) 2018, S. 181 ff.
- GROSSENbacher KLARA, Das grosse Ringen um die kantonalen Parlamentswahlsysteme, in: Newsletter IFF 2/2018 vom 6. November 2018.
- GUYAN PETER, Zugänglichkeit von schweizerischen Gerichtsentscheiden im Internet, in: «Justice – Justiz – Giustizia», 2018/2.
- HAAS ELISABETH, Eidgenössische Selbstdarstellungen zwischen Differenz und Konsens (1798-1913), in: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderband 34, Baden-Baden: Nomos, 2018, S. 287 ff.
- HÜRLIMANN DANIEL/KETTIGER DANIEL, Zugänglichkeit zu Urteilen kantonalen Gerichte: Ergebnisse einer Befragung, in: «Justice – Justiz – Giustizia», 2018/2.
- JEANNERAT ELOI, L'organisation régionale conventionnelle à l'aune du droit constitutionnel, Questions choisies de collaboration intercantonale et intercommunale, Basel/Neuenburg 2018.
- KAPPELER BEAT, Die Schweizer Gemeinden müssen sich für ihre Rechte wehren – auch durch Fusionen, NZZ am Sonntag vom 19. August 2018, S. 35.
- KOLLBRUNNER SABINE, Bund fördert in Wirtschaft in «funktionalen Räumen», in: Die Volkswirtschaft (91) 6/2018, S. 20 ff.
- LADNER ANDREAS, Tektonische Verschiebungen der Partizipation, NZZ vom 10. Januar 2018, S. 10.
- LADNER ANDREAS/KEUFFER NICOLAS, Creating an index of local autonomy – theoretical, conceptual, and empirical issues, in: Regional & Federal Studies, April 2018.
- MATHYS LAETITIA, Programmvereinbarungen: Kantone ziehen grundsätzlich eine positive Bilanz, in: Die Volkswirtschaft (91) 6/2018, S. 16 ff.
- MERZ PETER, Kantonale Integrationsmassnahmen und der mögliche Beitrag der Zivilgesellschaft, in: Asyl/SO 2018, S. 32 ff.
- MOHLER MARKUS, Warum Sozialdetektive der Verfassung widersprechen/Verfassung als oberstes Recht – nur wenn's passt, NZZ vom 4. Oktober 2018, S. 10.
- MOHLER MARKUS, Föderalismus im Sicherheits- und Polizeirecht – Reform dringend!, in: Newsletter IFF 1/2018 vom 20. März 2018 (zit. MOHLER, Newsletter).
- MÜLLER SEAN/BERNAUER JULIAN, Party Unity in Federal Disunity: determinants of decentralised policy-seeking in Switzerland, in: West European Politics (41) 2018, S. 565 ff.

- MÜLLER SEAN/SCHNABEL JOHANNA/BEHNKE NATHALIE, Der bessere Ständerat? Regierungskonferenzen im Schweizer Föderalismus, Blog DeFacto, 9. Februar 2018.
- MÜLLER JOËL OLIVIER, Änderungen in der kantonalen Bürgerrechts-, Ausländer- und Asylrechtsgesetzgebung, in: Alberto Achermann/Véronique Boillet/Martina Caroni/Astrid Epiney/Jörg Künzli/Peter Uebersax (Hrsg.), Jahrbuch für Migrationsrecht – Annuaire du droit de la migration 2017/2018, Bern 2018, S. 481 ff.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./LEISIBACH PATRICK, Finanzausgleich: Gift oder Balsam?, NZZ vom 12. Dezember 2018.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./MAUCHLE FABIAN, Der Finanzausgleich des Kantons Zürich: Wirkungsanalyse und Reformvorschläge, Bern 2018.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./MORGER MARIO, Income Tax Schedule and Redistribution in Direct Democracies - The Swiss Case, in: Journal of Economic Inequality (16) 2018, S. 413 ff.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./STUDER THOMAS M., Das Popitz'sche Gesetz der Anziehungskraft des größten Etats. Eine finanzhistorische Betrachtung der Schweiz, in: Ordo – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 68, Berlin 2018, S. 103 ff.
- SCHMID STEFAN G., Parlament und Regierung im Clinch: Das Verordnungsveto in seinen Grundzügen und im Licht der Gewaltenteilung, in: ZBl (119) 2018, S. 163 ff.
- SCHMIDHEINY KURT/SLOTWINKSI MICHAELA, Tax-induced mobility: Evidence from a foreigners' tax scheme in Switzerland, in: Journal of Public Economics 167/2018, S. 239 ff.
- SCHMITT NICOLAS, Die schwierige Suche nach geteilter Souveränität, in: Die Volkswirtschaft (91) 6/2018, S. 27 ff.
- SCHMITT NICOLAS, En 2017, les votations cantonales ont-elles respecté les « lois de l'IFF », in: Newsletter IFF 1/2018 vom 20. März 2018 (zit. SCHMITT, IFF).
- SCHNEEBERGER PAUL, Stadt und Land müssen reden, NZZ vom 28. Januar 2018, S. 12.
- SCHNEEBERGER PAUL, «Warum nicht?» ist kein Rezept für die Schweiz, NZZ vom 25. Juli 2018.
- SCHOENENBERGER MICHAEL, Die schleichende Zentralisierung muss aufhören, NZZ vom 25. August 2018.
- SCHUBARTH MARTIN, Die Schweiz kennt keinen Richterstaat, NZZ vom 31. Mai 2018, S. 10.
- SCHWEIZER RAINER J., Rechtsdurchsetzung mit militärischen Mitteln – Inlandeinsätze der Armee und Militarisierung der Polizei – Länderbericht Schweiz, in: Uwe Kischel/Sebastian Graf von Kielmansegg (Hrsg.), Rechtsdurchsetzung mit militärischen Mitteln, Tübingen 2018, S. 57 ff.
- SEITZ CLAUDIA, Gesundheitsschutz im internationalen Recht und die Ausgestaltung durch Bund und Kantone, in: Asyl 4/18, S. 3 ff.

- STAUFFER VON MAY NANDO, Regionale Aufgabenerfüllung und demokratische Rechte, Bern 2018.
- STEINMANN GEROLD, Öffentlichkeitsprinzip auf Bundes- und Kantonsebene – Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Eigenheiten?, in: ZBl (119) 2018, S. 381 f.
- STÖCKLI ANDREAS/PIOLINO MARINA, Religiöse Privatschulen im Spannungsfeld, in: AJP (27) 2018, S. 42 ff.
- STREBEL FELIX, Elektronische Stimmauszählung im Spannungsfeld zwischen kantonaler Souveränität und Aufsicht des Bundes, in: LeGes (29) 1/2018.
- TSCHIRREN MARTIN, Für eine pragmatische Aussenpolitik der Städte, NZZ vom 30. Oktober 2018, S. 10.
- UEBERSAX PETER/ACHERMANN ALBERTO, Bund und Kantone im Ausländerrecht, in: Alberto Achermann/Véronique Boillet/Martina Caroni/Astrid Epiney/Jörg Künzli/Peter Uebersax (Hrsg.), Jahrbuch für Migrationsrecht – Annuaire du droit de la migration 2017/2018, Bern 2018, S. 3 ff.
- VATTER ADRIAN, Swiss Federalism. The Transformation of a Federal Model, London/New York 2018 (zit. VATTER, Federalism).
- VATTER ADRIAN, Die Macht der Kleinen: Der Schweizer Föderalismus gerät aus den Fugen, in: Die Volkswirtschaft (91) 6/2018, S. 4 ff.
- VON RÜTTE BARBARA, Das neue Bürgerrechtsgesetz und dessen Umsetzung in den Kantonen, in: Alberto Achermann/Véronique Boillet/Martina Caroni/Astrid Epiney/Jörg Künzli/Peter Uebersax (Hrsg.), Jahrbuch für Migrationsrecht – Annuaire du droit de la migration 2017/2018, Bern 2018, S. 67 ff.
- WIDMER LUKAS, Politische Einflüsse auf die Aufgaben- und Kostenverteilung im Bereich der Wasserbaugesetzgebung, in: Sicherheit & Recht 2/2018, S. 125 ff.
- WIRZ ROLF, Oberste Gewalt in den Kantonen? Wahl-, Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion kantonaler Parlamente, in: Adrian Vatter (Hrsg.), Das Parlament in der Schweiz, Zürich 2018, S. 289 ff.
- WIZENT GUIDO, Sozialhilferechtliche Rückerstattung gegenüber Klientel, in: Jusletter vom 19. März 2018.
- WÜRTH BENEDIKT (im Interview), «Die Verflechtung zwischen den Staatsebenen hat zugenommen», in: Die Volkswirtschaft (91) 2018, S. 30 ff.